

## GASTKOMMENTAR



Hans  
Kronberger  
Energieexperte  
und ehemaliger  
EU-Abgeordneter

Zweimal haben sich weite Teile der österreichischen Bevölkerung gegen energiepolitische Entscheidungen der jeweiligen Regierung erfolgreich aufgelehnt. Zwentendorf und Hainburg haben der heimischen E-Wirtschaft ihre Grenzen gezeigt. Mit Tschernobyl haben die österreichischen Atomgegner den definitiven Beweis für die Richtigkeit ihrer Entscheidung erhalten. In Hainburg ging es nicht nur um Naturschutz, stark schwang auch politischer Widerstand gegen autoritäre Obrigkeit und Betoniermentalität mit. Nicht zuletzt wurzeln Umweltbewegung und grüne Partei in dieser Konfrontation. Demonstrativ autoritäre Entscheidungen wecken den Widerspruchsgeist der Österreicher. Der jährliche „kleine Volksaufstand“ bei der Vergabe der Photovoltaikförderung sollte der Politik ein Signal für Handlungsbedarf sein. Wer zehntausende Unzufriedene produziert, darf sich nicht wundern, wenn sich Widerstand regt.

Die Energieversorgung ist ein emotionalisierbares aktuelles Thema. Die drohende Rohstoffverknappung wird erkannt, Putins Gassperre und der Ölpreisausschlag

des hohen Anteils an Wasserkraft kaum mehr als 70 Prozent Ökostromanteil. Dabei hatte man sich bereits vor über zehn Jahren zu einem Ökostromanteil von 78,1 Prozent verpflichtet. In einem EU-Dokument heißt es dazu wörtlich: „Tatsächlich liegt der Anteil 2010 aber bei 61 Prozent, d. h. der Anteil liegt unter dem im Jahr 1997. Folgerichtig hat die EU-Kommission im Jahr 2007 Österreich – zum wiederholten Male – zu den Schlusslichtern der EU gezählt.“

Im April 2009 wurde die EU-Kommission noch deutlicher: „Mit 16,5 Prozent der Zielverfehlung ist Österreich nun europäisches Schlusslicht. Der anvisierte Zielwert von 78,1 Prozent Ökostromanteil wird 2010 nicht mehr erreicht. Österreich droht daher ein Vertragsverletzungsverfahren.“ Mit der aktuellen „Energiestrategie“, die auch in den nächsten Jahren keinen entscheidenden Anteil an sauberem Strom vorsieht, nach Brüssel zu marschieren, ist ungefähr so mühtig wie barfuß zum Nordpol aufzubrechen.

Aber selbst wenn sich die hohe Politik der Volksmeinung anschliesse, Brüssel sei weit weg und Richtlinien, die von dort kommen, könne man wie Postkarten behandeln, die man flüchtig liest und dann weg-

legt, wird man sich an einer Bewältigung des Versorgungsproblems und der Klimafolgekosten nicht dauernd vorbeidrücken können, sondern der Frage, woher die Primärenergie im Jahre 2020 kommen soll, die ihr entsprechende Bedeutung beimessen müssen. Eine „Energiestrategie“, die einfach

# Energiestrategie: Barfuß zum Nordpol

nach oben haben mitgeholfen. Der Versuch, die geplante Anhebung der Mineralölsteuer als ökologische und energiepolitische Maßnahme zu verkaufen, hat das Thema an den Wirtschaftstisch gebracht. Unten, in der Bevölkerung, ist inzwischen angekommen, dass die Energieversorgung eine existenzielle Zukunftsfrage ist – oben, in der hohen Politik, ist man noch nicht ganz so weit.

Die vom Wirtschaftsminister (der arme Umweltminister sitzt am Sozius und kann kaum mitlenken) vorige Woche präsentierte „Energiestrategie“ ist ein eindeutiges Indiz dafür. Auf 140 Seiten wird ein Energieszenario skizziert, das so nicht stattfinden kann. Lenkungsmaßnahmen durch Steuererhöhung ohne Zweckbindung der eingehobenen Mittel sind bestenfalls marginal wirksam. Der Versuch, in großem Umfang CO<sub>2</sub> aus der Kohleverbrennung unterirdisch zu speichern, ist ein Irrweg. Erstens steht die Technik dafür – wenn überhaupt – erst nach 2020 zur Verfügung, zweitens: Viel Glück bei der Suche nach Endlagerstätten, immerhin wäre ein Gasaustritt für die Umgebung tödlich! Zukunftsträchtige erneuerbare Energieträger werden zwar verbal besungen, im praktischen Teil aber auf ein Minimum begrenzt. Ein plumpes Manöver, bei dem wohl die Traditionalisten in der E-Wirtschaft den Verfassern sichtbar das Händchen geführt haben.

Die „Energiestrategie“ ist aus der Forderung der EU entstanden, den Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich bis 2020 von 23,5 auf 34 Prozent zu erhöhen. Im Juni muss die Bundesregierung in Brüssel einen Plan vorlegen, wie sie diese 34 Prozent erreichen will. Der erste „Geniestreich“ war eine Neubewertung der Statistik, die glauben macht, man sei längst schon von selbst bei 28,8 Prozent angelangt. Dennoch wird es besonders im Strombereich eng. Nach der „Energiestrategie“ erreicht Österreich trotz

von der ungehinderten Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe ausgeht und den Ölpreis fiktiv auf 120 Dollar pro Barrel beschränkt, ist eher sorglos.

Wie könnte man die österreichische „Energiepolitik“ einem unbedarften Ausländer erklären? Etwa so: Die Verantwortlichen sitzen gemütlich auf einer Parkbank und lächeln zufrieden die herankommenden Gewitterwolken an. Tatsächlich handelt es sich bei der „Energiestrategie“ um eine vertane Chance, die Strukturen der zukünftigen Energieversorgung unter den Gesichtspunkten von Versorgungssicherheit und Preisstabilität neu zu ordnen. Niemand hat ein endgültiges Konzept erwartet, aber doch wenigstens sinnvolle Weichenstellungen. Zwar hat Österreich nach dem Kyoto-Desaster und der oben angeführten Einschätzung der EU-Kommission keinen Ruf mehr zu verlieren, könnte aber immerhin einen gewinnen. Ein Ökostromgesetz, das einen international vergleichbaren Ausbau zukunftsfähiger sauberer Energieträger vorsieht, wäre eine erste Minimalanforderung. Ernsthaft zu prüfen wäre auch das Konzept der Anbieter von sauberem Strom. Diese sehen für sich das Potenzial, bis zum Jahr 2020 eine Hundertprozent-Versorgung zu erreichen.

Zwar verweist man darauf, dass bei der Erstellung der „Energiestrategie“ 130 Experten eingebunden wurden, aber die Entscheidungen sind hinter verschlossenen Türen und nicht im Konsens gefallen.

Und noch eine Frage ist bei der „Energiestrategie“ offen: Wo ist der Koalitionspartner? Präsentiert wurde die Strategie von den beiden ÖVP-Ministern, die Position der zweiten Regierungspartei dazu ist unbekannt. Man kann davon ausgehen, dass uns die „Energiestrategie“ noch lange beschäftigen wird.

(www.kronberger.net)